

Studienfinanzierung in Pandemie-Zeiten

## Studieren unter Corona



Die DGB-Hochschulgruppe Frankfurt macht an der Goethe-Universität Frankfurt am Main auf die existentiellen Nöte der Studierenden aufmerksam.

**// Viele Studierende bangen im Zuge der Coronakrise um ihre Existenz. Die Bundesregierung präsentiert ein Darlehen statt tatsächlicher Unterstützung der Studierenden. Kritik an den Maßnahmen kommt von den GEW-Studis und dem freien Zusammenschluss von student\*innenschaften (fzs). Weiterhin bleibt die Frage offen, wie die Hochschulen das Semester schultern werden. //**

Die Einschätzungen, wie das Sommersemester 2020 läuft, schwanken zwischen „Chance für Innovation und Digitalisierung“, „Was ändert sich schon?“ und „Wir brauchen ein Solidarsemester!“. Fest steht: Studierende sind dieses Semester mit besonderen Herausforderungen, Problemen und Nöten konfrontiert. Von der Coronakrise sind besonders jene Branchen betroffen, die typische Studierendenjobs bieten: Kellnern in der Gastronomie, Arbeiten auf der Messe sowie Minijobs, die durch den Konjunkturerbruch als Erstes wegrationalisiert werden. Besonders heikel dabei: Fallen für Studis die Jobs weg, haben sie keinen Anspruch auf ALG II oder sonstige soziale Sicherungsnetze. Als Unterstützung wird stattdessen oftmals auf das BAföG (Bundesausbildungsförderungsgesetz) verwiesen. Vergessen darf man dabei jedoch nicht, dass aufgrund der aktuellen Einkommensgrenzen, der komplizierten Antragsstellung und dem Hemmnis der Rückzahlung lediglich 12 Prozent der Studierenden überhaupt BAföG erhalten. Zwei Drittel der Studis jobben hingegen, um sich ihr Studium zu finanzieren – das sind etwa zwei Millionen Studierende, von denen nun viele ihren Job verloren haben.

### Unzureichendes „Unterstützungspaket“

Auf die Coronakrise reagierte die Bundesregierung hinsichtlich der Hochschulen spät. Bereits im März hatten Studierende erste existenzgefährdende Einkommensausfälle zu beklagen, doch erst Mitte April wurde das sogenannte „Unterstützungspaket“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) durch Ministerin Anja Karliczek vorgestellt. Hierbei wurden im ersten Aufschlag die individuelle Erhöhung der BAföG-Förderungshöchst-

dauer um ein Fachsemester bei nachweislicher coronabedingter Studienverzögerung sowie die Verlängerung der Höchstbefristungsdauer des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG) um sechs Monate für wissenschaftliche Beschäftigte in der Qualifizierungsphase beschlossen. Studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte blieben von diesen Verlängerungsmöglichkeiten ausgenommen. Und noch eine Gruppe fehlte im ersten Aufschlag gänzlich: die Studierenden, die kein BAföG bekommen.

### Unterstützung oder Darlehen

Studierendenvertretungen und Gewerkschaften haben dafür gesorgt, dass diese Probleme öffentlich diskutiert und wahrgenommen wurden, die Lösung blieb allerdings unzulänglich: Von den Gewerkschaften und den Studierenden, der Hochschulrektorenkonferenz sowie vom Deutschen Studentenwerk wurde eine Unterstützung gefordert, vom BMBF und der Bundesregierung kam nur ein Darlehen. Dieses Darlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) ist jedoch nicht – wie von Anja Karliczek suggeriert – ein „zinsloses Darlehen“, sondern nur ein Darlehen mit einer zinsfreien (Eingangs-)Phase bis März 2021. Seine Rückzahlung beginnt spätestens 23 Monate nach Auszahlungsende – unabhängig von der ökonomischen Situation und unabhängig davon, ob das Studium dann bereits abgeschlossen sein wird. Für viele Studierende bedeutet dies, nach der Krise zwei Jobs aufnehmen zu müssen: einen, um ihre Lebenshaltungskosten wie Miete, Essen, Strom etc. zahlen zu können und einen zweiten Job, um die Schulden des Kredites abzubezahlen. Besonders hart trifft es ausländische Studierende, die teilweise durch Studiengebühren einer höheren finanziellen Belastung ausgeliefert sind und nur geringe Zeitperioden haben, in denen sie arbeiten dürfen, um die Schulden wieder abzubauen.

### Bildungsgerechtigkeit und soziale Selektion

Mit dieser sogenannten „Überbrückungshilfe“ der Bundesregierung entsteht nun ein weiterer selektiver Einschnitt, da sich insbesondere Studierende aus einkommensschwachen Familien schwerer tun, ein Studium anzutreten und

abzuschließen, wenn sie dafür Schulden aufnehmen müssen. Die Hochschule ist bereits ein selektiver Ort, der mitnichten die Sozialstruktur der Gesellschaft als Ganzes abbildet. Karliczek verstärkt durch ihre Politik – nicht zuletzt auch durch die völlig unzureichende BAföG-Reform 2019 – die diskriminierende Selektion im Hochschulwesen und in übergeordneter Weise auch die Bildungsungleichheit. Die Bildungsministerin hat es auch mit zu verschulden, dass die 900 Millionen Euro der in 2019 nicht ausgeschöpften BAföG-Mittel nicht dazu genutzt wurden, Studierende jetzt in der Notsituation zu unterstützen. Auch deshalb haben einige Studierendenverbände, darunter der fzs und der Bundesausschuss der Studentinnen und Studenten in der GEW, den Rücktritt Karliczeks gefordert.

### Digitales Studium und finanzielle Unsicherheit

Studieren unter Corona stellt viele Menschen an den Hochschulen vor erhebliche Herausforderungen. Die Lehre, die im traditionellen Format auf Präsenzlehre setzt, nun in Windeseile auf Digitalformate umzustellen, ist keine leichte Aufgabe. Nicht nur für Studierende ist die Umstellung auf digitale Lehre problematisch, sondern auch für Lehrende ist es eine ungemaine Mehrbelastung, die individualisiert wird. Insbesondere dann, wenn Studierende und Dozierende Sorgeverpflichtungen für Kinder und Angehörige oder selbst psychische oder körperliche Beeinträchtigungen haben. Die Auswirkungen der bisher von vielen Hochschulen versäumten Digitalisierung der Lehre und fehlender finanzieller Unterstützung werden uns noch lange beschäftigen. Erhöhte Studienabbrüche, schlechtere Lernerfolge, überarbeitete Dozierende, Burnout auf allen Seiten und eine ganze Generation verschuldeter Studis werden durch die aktuelle Politik provoziert.

**Nathalie Schäfer ist seit 2018 Teil des Sprecher\*innenteams des Bundesausschuss der Studentinnen und Studenten in der GEW (BASS) und studiert Ästhetik in Frankfurt am Main. Jakob Bühler ist Vorstandsmitglied im freien Zusammenschluss von student\*innenschaften (fzs).**

## KOMMENTAR



Foto: Kay Herschelmann

# Solidarisch ist man nicht allein

## Corona betrifft die Hochschule als Ganzes

Ein Kommentar von Andreas Keller, stellvertretender Vorsitzender der GEW und Vorstandsmitglied für Hochschule und Forschung

Geschlossene Labore, Archive und Bibliotheken, Online-Studium ohne leistungsfähige digitale Infrastruktur, Homeoffice mit angeschlossenem Homekindergarten – Studium und Lehre, aber auch Forschung und wissenschaftliche Qualifizierung sind in der Coronakrise massiv beeinträchtigt. Es ist Aufgabe der Politik, für einen Nachteilsausgleich für betroffene Studierende sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu sorgen. Das von der Großen Koalition vorgelegte Paket erweist sich aber bei näherer Betrachtung als Etikettenschwindel.

Zwar ermöglicht der Entwurf eines Wissenschafts- und Studierendenunterstützungsgesetzes eine pandemiebedingte Verlängerung von Zeitverträgen mit wissenschaftlichen Angestellten. Ob die Verträge aber tatsächlich verlängert werden oder Promovierende mit einer halbfertigen Doktorarbeit auf die Straße gesetzt und Forscherinnen und Forscher ihr Projekt abbrechen müssen, liegt im Ermessen der Hochschulleitungen. Wir brauchen daher einen Rechtsanspruch auf Verlängerung von befristeten Arbeitsverträgen um mindestens sechs Monate. Das Gleiche muss für studentische Beschäftigte gelten.

Auch die im Gesetzentwurf vorgesehene Änderung des Bafög greift viel zu kurz. Es ist schön und gut, wenn Anreize für Jobs in Bereichen gesetzt werden, die als systemrelevant gelten oder der Pandemiebekämpfung dienen, indem entsprechende Einkünfte nicht auf die Ausbildungsförderung angerechnet werden. Aber das reicht längst nicht. Darüber hinaus muss der Bafög-Anspruch pauschal um mindestens ein Semester verlängert und die Ausbildungsförderung in der Coronakrise auf einen Vollzuschuss umgestellt werden, damit niemand am Ende des Studiums der Geldhahn zugedreht wird.

Das Unterstützungspaket der Großen Koalition für Studierende sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler greift viel zu kurz und muss schleunigst zu einer wirksamen Soforthilfe weiterentwickelt werden.

Für die GEW hat Andreas Keller gegenüber dem Bundestagsausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung eine ausführliche schriftliche Stellungnahme zum Thema abgegeben:

[www.gew.de/stellungnahmeWissStudUG](http://www.gew.de/stellungnahmeWissStudUG)

## Anmerkungen der Redaktion zu dieser Ausgabe

### Liebe Leser\*innen,

die read.me-Ausgabe des Sommersemesters steht im Schatten von Corona. Das hat FOLGEN:

- Wir liefern später als gewohnt.
- Wir liefern kein Papier an die verwaisten Hochschulen, sondern senden unsere Artikel ausschließlich in den digitalen Raum.
- Wir ergänzen die geplante Ausgabe und steigen mit dem Thema ein, das seit drei Monaten die ganze Welt bewegt bzw. an der Bewegung hindert: Die sozialen und pädagogischen Folgen der Coronakrise legen die schon lange bestehenden strukturellen Ungerechtigkeiten schonungslos offen. Die Liste der Kritik ist lang. Die Kurzfassung davon lest ihr auf den ersten beiden Seiten.

### ABER:

Wir belassen alle anderen zuvor geplanten und geschriebenen Artikel in dieser Ausgabe, denn:

- Das Klima braucht nach der Corona-Krise, wenn die Wirtschaft wieder so richtig automobil wird, unsere Solidarität: Deshalb erinnern wir an den Klimastreik im Wintersemester (Seite 3).
- In Chile wurde aufgrund der Coronakrise das Verfassungsreferendum von Frühjahr auf Herbst 2020 verschoben. Auf das Referendum richten sich die Hoffnungen von Studierenden und Hochschulgewerkschaft FAUECH (Seite 4).
- Corona spaltet: Es tut not, die rassistischen und klassistischen Unterminierungen von Bildungsgerechtigkeit an deutschen Hochschulen zu reflektieren (Seiten 5 und 6).
- Wir feiern 20 Jahre Bologna: Wehret den weiteren Ökonomisierungstendenzen (Seiten 7 und 8)!
- Wir erinnern an die demokratische Protestbewegung in Hongkong, die im November 2019 bei den kommunalen Wahlen einen Erdrutschsieg gefeiert hat. Sie droht nun im Schatten von „Prevention and control disease regulation“ von der chinesischen Regierung mit Mitteln des Polizeistaats und von der Weltöffentlichkeit weitgehend unbeachtet zerschlagen zu werden (Seite 9).
- Last but not least: Der Streit für einen studentischen Tarifvertrag in Bremen und anderswo: Er ist in Zeiten der Krise aktueller denn je (Seite 10).

## Studieren, Arbeiten und Überleben in Zeiten von Corona – aber wie?



Foto: Fabian Schmidt

Protest am 8. Juni in Potsdam gegen die unzureichende Corona-Nothilfe der Bundesregierung für Studierende

### GEW-Fragen und Antworten:

#### Was das Coronavirus für die Bildungseinrichtungen bedeutet

<https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/was-das-coronavirus-fuer-die-bildungseinrichtungen-bedeutet/>

#### DGB Jugend allgemein (Studium, Finanzierung, Jobben)

[https://jugend.dgb.de/meldungen/studium/++co++40e68ec6-6a8c-11ea-bae6-525400d8729f?fbclid=IwAR2XRfN7m0MxaYXo8AZQogNnHr4MjHEj-MAmgD6iqYbFE\\_oYYHMdfAcQeLeq](https://jugend.dgb.de/meldungen/studium/++co++40e68ec6-6a8c-11ea-bae6-525400d8729f?fbclid=IwAR2XRfN7m0MxaYXo8AZQogNnHr4MjHEj-MAmgD6iqYbFE_oYYHMdfAcQeLeq)

#### DGB Jugend Jobberberatung (individuelle Anfragen möglich)

<https://jugend.dgb.de/studium/beratung/students-at-work?fbclid=IwAR02VILDVGI3IJT4WZylqCRNn1ZeFSCQRu02oTHMo18f4LhMSyJllmGydDg>

#### Studis online: Bafög in Zeiten der Corona-Pandemie

<https://www.bafoeg-rechner.de/FAQ/bafoeg-und-corona.php>

#### Studis online: Studiendarlehen als Nothilfe? KfW-Studienkredit

<https://www.studis-online.de/StudInfo/Studienfinanzierung/kfw-studienkredit.php>

#### Studieren in Coronazeiten: FAQ des Deutschen Studentenwerks

<https://www.studentenwerke.de/de/content/corona-faqs-der-studenten-und>

15.04. Online-Kundgebung #bildungskrise

28.04. Stellungnahme der GEW zum Entwurf des WissStudUG der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD

30.04. Ministerin Karliczek stellt die „Überbrückungshilfe für Studierende in pandemiebedingten Notlagen“ vor

30.04. GEW kritisiert „Überbrückungshilfe für Studierende in pandemiebedingten Notlagen“ der Bundesregierung als unzureichend

03.05. Studierendenvertretungen fordern sofortigen Rücktritt von Ministerin Karliczek

06.05. Pressemitteilung von Studierendenvertretungen zum KfW-Darlehen: Staat verdient an Studierenden in Not

07.05. Bundestag beschließt WissStudUG

08.05. Studierende mit deutscher Staatsbürgerschaft können jetzt die KfW-Kredite beantragen

01.06. Ausländische Studierende können jetzt die KfW-Kredite beantragen

08.06. Dezentrale Protestdemos des Bündnisses für ein Solidarsemester

20.06. „Solidarsemester 2020“ und GEW rufen bundesweit zu Protesten auf

Dialog von Wissenschaft und Arbeitswelt

# Klimastreik an der TU Berlin

// „Public Climate School“ – unter diesem Motto riefen die Students for Future vom 25. bis 29. November 2019 zur Klimastreikwoche auf. 80 Hochschulen folgten dem von der GEW unterstützten Aufruf. An der TU Berlin organisierte die Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt (KOOP) einen Dialog zwischen Gewerkschafter\*innen, Klimaaktivist\*innen, Studierenden und Wissenschaftler\*innen. //

In ihrem Aufruf zur Klimastreikwoche an den Hochschulen forderten die Students for Future im November 2019: „Unter dem Slogan ‚Public Climate School‘ wollen wir die Universitäten für alle Teile der Gesellschaft öffnen und Lösungsansätze diskutieren.“ An mehreren Veranstaltungen beteiligten sich gewerkschaftlich Aktive: An der Universität Bonn referierte ein Vertreter der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) über die Verkehrswende, in der „Nachhaltigkeitswoche“ an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt diskutierten Vertreter\*innen der IG Metall und des DGB mit Studierenden sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern über die Rolle der Gewerkschaften in der Klimadebatte, um nur einige Beispiele zu nennen.

## Kooperationen von Hochschulen und Gewerkschaften

Wenn die Rede davon ist, Wissenschaft und Betriebe oder außeruniversitäre Anwendungsgebiete besser zu vernetzen, denken die meisten wahrscheinlich zuerst an Kooperationen mit der Industrie oder, Scientists for Future sei Dank, an die zentrale Rolle, die wissenschaftliche Studien und prominente Wissenschaftler\*innen für die Fridays-for-Future-Bewegung spielen. Wenig bekannt, selbst bei gewerkschaftlich organisierten Studierenden, sind Kooperationen von Hochschulen und Gewerkschaften. Immerhin an 15 Hochschulen bundesweit gibt es vergleichbare Kooperationsstellen wie an der TU Berlin. Sie sind alle etwas unterschiedlich benannt, aufgebaut und ausgestattet, haben aber gemeinsam, dass sie unter Einbeziehung gewerkschaftlicher Perspektiven die Zusammenarbeit zwischen Personen und Institutionen aus Arbeitswelt und Wissenschaft initiieren und organisieren, häufig in Form von Workshops, Tagungen oder Diskussionsveranstaltungen. Gerade in der Klimafrage, in der wissenschaftliche Erkenntnisse, Forderungen politischer Bewegungen wie Fridays for Future und Beschäftigteninteressen oft in Konflikt zueinander geraten, können die Kooperationsstellen zu einem zukunftsweisenden Ort des Dialogs konvergierender Interessen werden.

## Was machen Kooperationsstellen Wissenschaft und Arbeitswelt?

Neben diskursiven Arbeitsformen zum Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis führen einige der aktuell 15 Kooperationsstellen auch eigene Forschungsprojekte durch, gestalten Ringvorlesungen, experimentieren in Lernfabriken oder unterstützen Studierende bei der Suche nach einem Kooperationspartner aus der Praxis, beispielsweise für arbeitsweltbezogene Seminar- und Abschlussarbeiten. Es lohnt sich also auf jeden Fall herauszufinden, ob es an eurer Hochschule (oder in eurer Nähe) eine Kooperationsstelle gibt und mit ihr in Kontakt zu treten, insbesondere wenn ihr Ideen für Veranstaltungen, Abschlussarbeiten oder auch ganz andere Formate habt. Auf der Webseite des bundesweiten Netzwerks der Kooperationsstellen finden sich, neben einer Liste der Kooperationsstellen, auch Veranstaltungshinweise und -dokumentationen.

## Gewerkschaften und Klimaschutzbewegungen

Die Diskussionsveranstaltung „Auf einem toten Planeten gibt es keine Arbeitsplätze“ der Kooperationsstelle an der TU Berlin am 26. November 2019 wurde von der DGB-Hochschulgruppe, der Fridays-for-Future-Gruppe und dem AstA-Umweltreferat der TU Berlin unterstützt. Eine der zentralen Fragen lautete: Wie können Gewerkschaften und Klimaschutzbewegungen zusammenarbeiten? Helen Sharp, Wissenschaftlerin am In-

Mittlerweile unterstützen die Students for Future Berlin öffentlich die gewerkschaftlichen Positionen.

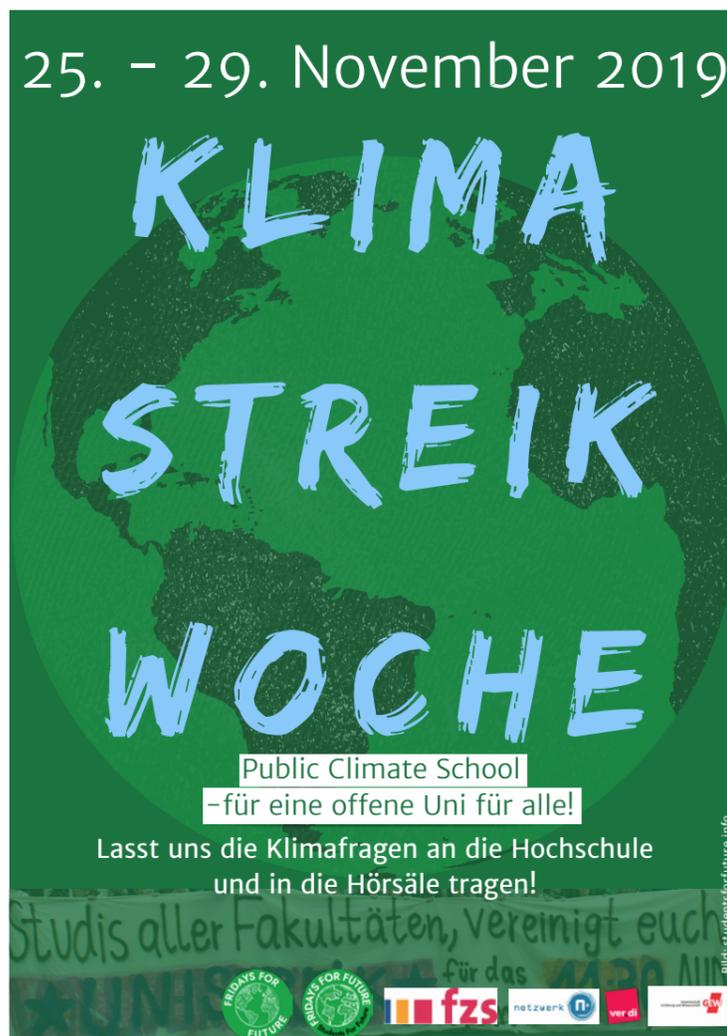
## Gewerkschaften im Spannungsfeld

Am Beispiel der Auseinandersetzungen um die Atomenergie wurde verdeutlicht, dass die Frage, wie Gewerkschaften sich im Spannungsfeld zwischen Mitgliederinteressen und gesamtgesellschaftlicher Verantwortung positionieren, immer wieder gestellt und unterschiedlich beantwortet wurde: Ende der 1970er Jahre riefen Gewerkschaften noch zur Teilnahme an Pro-Atomkraft-Demonstrationen auf. Kritische Stimmen gab es schon damals, doch die waren in der Minderheit. Das änderte sich langsam durch Tschernobyl und den anhaltenden Druck durch die Anti-AKW-Bewegung bis hin zu einem Eintreten für den schnellstmöglichen geordneten Ausstieg ohne Revisionsklausel nach Fukushima. Eine ähnliche Entwicklung sei auch heute in Bezug auf den Kohleausstieg denkbar, zumal die Auswirkungen des Klimawandels bereits jetzt für einen Teil der Gewerkschaftsmitglieder spürbar negative Konsequenzen hätten, beispielsweise in der Forstwirtschaft, wie ein Vertreter der IG BAU betonte.

## Umsetzung in der Praxis

Als Schritte in Richtung einer nachhaltigen und sozial gerechten Transformation wurden u. a. mehr betriebliche Mitbestimmung, Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs und Weiterbildungsprogramme vorgeschlagen. Zu ermitteln, was für Weiterbildungsmodelle und Inhalte vor Ort gebraucht werden und wie die Umsetzung in der Praxis ankommt, kann ein weiteres Aufgabenfeld von Kooperationsstellen zwischen Wissenschaft und Arbeitswelt sein. Zum Thema „nachhaltige Mobilität“ beispielsweise organisiert das Netzwerk der Kooperationsstellen Hochschulen – Gewerkschaften in Niedersachsen und Bremen einen Zukunftsdialog, der auch Bildungsurlaubangebote beinhaltet. Auch die Kooperationsstelle der TU Berlin bleibt am Thema Nachhaltigkeit dran. Gemeinsam mit RENN-Mitte, einer von vier „Regionalen Netzstellen Nachhaltigkeitsstrategien“, sowie dem Forum Neue Politik der Arbeit sollen sich – nach coronabedingter Verschiebung – am 15.01.2021 Gewerkschafter\*innen mit Vertreter\*innen aus den Bereichen Klimaschutz und Nachhaltigkeit zum Thema Klimakrise und Wirtschaftsdemokratie austauschen – natürlich auch verbunden mit Einsichten und Kommentaren aus der Wissenschaft. Weitere Informationen zur Veranstaltung und die Möglichkeit zur Anmeldung werden auf der Webseite der Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt der TU Berlin veröffentlicht, Studierende sind herzlich willkommen!

**Johanna Lauber arbeitet in der Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt der TU Berlin und promoviert an der Ruhr-Universität Bochum zu Kooperation von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen in den Europäischen Sozialforen. Sie ist Mitglied der GEW.**



stitut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) Berlin, präsentierte vorläufige Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt „Neue Allianzen für Nachhaltigkeitspolitik: Kooperationsperspektiven umweltpolitischer Akteure mit Gewerkschaften, Wohlfahrts- und Sozialverbänden“. Zwar bezögen sich die unterschiedlichen Verbände regelmäßig in Zielformulierungen und Stellungnahmen aufeinander und gingen auch punktuell Kooperationen miteinander ein. Konkretes Handeln folge daraus allerdings selten. So fänden sich Praxiskooperationen eher auf lokaler Ebene und ermöglichten hier Lernprozesse von unten. Übergreifende Diskursplattformen, die systematisch Austausch initiieren, seien daher umso wichtiger. Dass praktische Kooperation eher auf lokaler Ebene oder auf ein Thema bezogen zustande kommt, zeigte sich auch in den Beiträgen der Gewerkschaftsvertreter\*innen auf dem Podium. So gab es angesichts der geplanten Ausschreibung der Berliner S-Bahn, die schlimmstenfalls eine Zerstückelung auf fünf externe Investoren zur Folge hätte, Gespräche mit Aktiven von Fridays for Future.

## Weiterführende Links:

Bundesarbeitsgemeinschaft Kooperationsstellen Wissenschaft und Arbeitswelt: [www.kooperationsstellen.de](http://www.kooperationsstellen.de)  
 Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt der TU Berlin: [www.zewk.tu-berlin.de/v\\_menu/koop/](http://www.zewk.tu-berlin.de/v_menu/koop/)  
 Projekt „Zukunftsdialog nachhaltige Mobilität“ des Netzwerks der Kooperationsstellen Hochschulen – Gewerkschaften in Niedersachsen und Bremen: [www.kooperationsstelle-osnabrueck.de/aktivitaeten/zukunftsdialog-nachhaltige-mobilitaet/](http://www.kooperationsstelle-osnabrueck.de/aktivitaeten/zukunftsdialog-nachhaltige-mobilitaet/)

## Sonstige Literatur:

Mohr, Markus: Die Gewerkschaften und der Atomkonflikt, Münster: Westfälisches Dampfboot, 2001 (Schriftenreihe Hans-Böckler-Stiftung), ISBN: 3-89691-480-4, 493 Seiten (vergriffen)

Interview

# Eine historische Chance

## Die Proteste in Chile aus Sicht der chilenischen Hochschulgewerkschaft FAUECH



Gewerkschaftstag der CUT, dem Dachverband der chilenischen Gewerkschaften

**// Seit Oktober 2019 halten die Proteste gegen soziale Ungleichheit in Chile an. Nun besteht die Möglichkeit, die Verfassung des Landes, die noch aus der Zeit des Diktators Pinochet stammt, zu ändern. Sie sichert Chiles Status als Vorzeigemodell des Neoliberalismus mit starkem privaten Sektor und schwachem Sozialstaat ab. Die read.me hat Ende Januar Miguel Ramos Tapia, den Sekretär der Hochschulgewerkschaft FAUECH in La Serena, zur Rolle der Gewerkschaften in diesen Prozessen interviewt. //**

**Was ist aus gewerkschaftlicher Sicht in den letzten Monaten in Chile passiert?**

Seit dem 18. Oktober sind viele Menschen auf die Straße gegangen, um für Anerkennung sowie eine gleiche und gerechte Gesellschaft zu kämpfen. Das taten sie unabhängig und ohne die Führung einer Partei oder politischen Organisation. Die wichtigsten Forderungen sind das Recht auf Bildung, eine Gesundheitsversorgung, die nicht nur Reichen zugänglich ist, soziale Sicherheit sowie Renten, von denen man leben kann. Als Gewerkschafter\*innen führen wir seit vielen Jahren einen Kampf für die Rechte der Arbeiter\*innen, der Familien und für eine gerechte Gesellschaft in Chile.

**Die Bewegung richtet sich gegen das politische und wirtschaftliche System Chiles. Was sind die größten Probleme des chilenischen Kapitalismus?**

Die chilenische Art des Kapitalismus wurde mit der Verfassung eingeführt und ist eng mit ihr verwoben. Die Verfassung erlaubt dem Staat nur eine passive Rolle in der Gesellschaft. Sie stellt Freiheitsrechte auf eine individuelle Basis. Das führt in einer ungleichen Gesellschaft zu ungleichen Freiheiten. Ich habe nicht die Freiheit, Wasser zu trinken, weil es ein Menschenrecht ist, sondern lediglich die Freiheit, Wasser zu kaufen. Die Verfassung prägt die heutige Form der Demokratie. Progressive Reformen wurden durch die Verfassung begrenzt. Es ist schwer, etwas zu verändern. Hierfür muss in einer Volksabstimmung ein hohes Quorum erreicht werden. Ein Ergebnis der Proteste, die in den chilenischen Medien als „soziale Explosion“ beschrieben wurden, ist die Abstimmung über eine Verfassungsänderung am 26. April 2020\* (s. Kasten rechts).

**Welche Rolle spielte die Studierendenbewegung bei den aktuellen Protesten? Was ist in den letzten Monaten an deiner Universität in Serena konkret geschehen?**  
Es ist nicht leicht, darauf eine abschließende Antwort zu geben, da die Bewegung auf der Straße keine

Repräsentant\*innen, Sprecher\*innen oder Frontfiguren hat. Die Proteste richten sich gegen die Verfassung, die demokratischen Institutionen, gegen Parteien, das Parlament, kurz gesagt gegen das politische Establishment, das in Chile nach der Militärdiktatur etabliert wurde.

Der studentische Protest artikuliert sich in drei Phasen: Bereits vor den Protesten hatten die Studierenden der Universität zusammen mit den Gymnasiast\*innen Bildungsforderungen gestellt, nach dem Ausbruch der Proteste nahmen sie an der Bewegung teil. Danach haben sie an Versammlungen von verschiedenen gesellschaftlichen Organisationen, NGOs und Gewerkschaften teilgenommen. Diese Versammlungen, die es im ganzen Land gibt, werden „mesa de unidad social regional“ genannt (regionaler Tisch der sozialen Einheit, Anm. der Red.).

**Welche Rolle spielt deine Gewerkschaft in der Bewegung?**

Die FAUECH (Federación Nacional de Asociaciones de Académicos Universidades Estatales) kämpft für eine Änderung des Hochschulrechts und insbesondere für ein Recht auf Bildung. Sie ist im Gewerkschaftsdachverband CUT (Central Unitaria de Trabajadores) organisiert und beteiligt sich so am Kampf für menschenwürdige Arbeit und für eine gerechte Gesellschaft.

**Die chilenischen Medien und die Regierung versuchen, den Protest wegen der Gewalt zu delegitimieren und die Bewegung in friedliche Demonstrant\*innen und Kriminelle zu spalten. Warum hat diese Strategie nicht funktioniert?**

Wer sagt, dass es nicht funktioniert hat? Vom ersten Tag an gab es Spaltungsversuche. Die Proteste wurden durch die von der Bewegung verübte Gewalt delegitimiert, unabhängig davon, wie brutal die Staatsgewalt war. Trotz der Spaltungsversuche treffen sich auch heute noch jeden Freitag Menschen an verschiedenen Orten und in verschiedenen Städten im ganzen Land, um ihrem Unmut Ausdruck zu verleihen.

In den ersten Wochen wusste die Gesellschaft nicht, wie sie reagieren sollte. Es war ein Fehler der Regierung, zu viel Gewalt auf die Straße zu bringen, als sie das Militär und Spezialkräfte einsetzte. Die von der Regierung erzeugte unverhältnismäßige Gewalt, die viele Tote, Verhaftungen, Verletzungen und sexuelle Übergriffe mit sich brachte, erinnerte nicht nur an die Militärdiktatur Pinochets, sondern erzeugte Solidarität und stärkte die Bewegung. Sie ist in ihren Forderungen geeint, und diese werden von der Gesellschaft als legitim empfunden:

Gesundheit, Bildung, Rente, Sicherheit, Grundversorgung, Wasser und Strom sowie ein Ende der Korruption im Justizsystem.

Regierung und Parlament reagierten gemeinsam, indem sie eine Reihe von Gesetzen auf den Weg brachten, die die Proteste kriminalisieren und die Repression als Sicherheitsmaßnahmen gegen Plünderungen tarnt.

**Die Bewegung ist in basisdemokratischen Versammlungen organisiert. Haben diese Versammlungen eine breite Unterstützung auf lokaler Ebene? Welche politischen Potenziale siehst du in ihnen?**

Man muss verstehen, dass die Menschen, die auf die Straße gegangen sind und versucht haben, sich selbst zu organisieren, nicht die Bevölkerung repräsentieren, da sie nicht gewählt oder sonst demokratisch legitimiert sind.

Persönlich sehe ich in dieser Art von Selbstorganisation kein politisches Potenzial; ich glaube aber, dass die politischen Parteien vor der wichtigen Herausforderung stehen, sich zu ändern und die Lücke zwischen der Gesellschaft und den politischen Institutionen zu schließen. Es ist die Aufgabe der Parteien, im Rahmen der rechtsstaatlichen Strukturen – Regierung und Parlament – Lösungen für die Probleme der Bevölkerung zu finden. Die Parteien müssen ihre Arbeitsweise ändern. Ich weiß zwar nicht wie, aber die Proteste dürfen nicht nur Ausdruck der Ablehnung sein, sondern aus ihnen muss sich etwas organisieren.

Die FAUECH unterstützt und fördert eine aktive Rolle der CUT in der unorganisierten Bewegung. Die Gewerkschaft muss eine Rolle als politische Führung innerhalb der Proteste übernehmen und sie mit ihren organisatorischen und logistischen Strukturen unterstützen.

**Bei dem geplanten Referendum am 26. April 2020\* (s. Kasten unten) wird darüber abgestimmt, ob es eine neue Verfassung geben soll und welche Institutionen mit ihrer Ausarbeitung beauftragt werden. Was erwartest du von dem Referendum? Was bedeutet es für die Gewerkschaften?**

Es gibt heute die historische demokratische Chance, die Verfassung zu ändern. Die Bevölkerung zeigt daran ein großes Interesse, was eine positive Überraschung ist und was die Herrschenden so nicht kannten. Die politischen Rechte und die Regierung versuchen, dieser gestärkten politischen Gesellschaft Angst zu machen. Die Aufgabe der Verfassungsänderung scheint nicht leicht, aber auch nicht unmöglich zu sein. Für die Gewerkschaften ist es eine interessante Möglichkeit, mehr Menschen zu organisieren und zu politisieren und stärker in die Politik zu wirken.

**Das Interview führte Hans Stephan, der in Jena Gesellschaftswissenschaften studiert hat und derzeit seine Promotion vorbereitet. Er ist seit 2015 Mitglied der GEW und seit 2018 Mitglied der read.me-Redaktion. Die Übersetzung und Bearbeitung des Interviews erfolgte gemeinsam mit Daniel Dodds Berger und Nathalie Schäfer.**

### \*Corona-Update

Wegen der COVID-19-Pandemie wurde das angekündigte Referendum von der rechten Regierung auf frühestens Oktober 2020 verschoben. Dies war ein Grund für neue Proteste. Diese wurden diesmal in Rückgriff auf die COVID-19-Gesetzgebung gewaltsam von der Polizei aufgelöst. Zugleich wird auch in Chile das universitäre Kursangebot auf Online umgestellt. Auch dort haben nicht alle Studierenden Zugriff, was eine weitere soziale Ungerechtigkeit darstellt.

Neue Herausforderungen für Hochschulen

# Diversität: Ein zweiseitiges Schwert?

// Wenn über einen gerechten Zugang zu Bildung und Wissensproduktion gesprochen wird, darf das enge historische Verhältnis zwischen sozialen Ungleichheiten und Hochschulen nicht außer Acht gelassen werden. Wie sind rassistische Strukturen und die Hochschule miteinander verflochten? //

Hochschulen sind eingebettet in gesellschaftliche Verhältnisse und deshalb auch nicht frei von sozialer Ungleichheit und intersektionalen Diskriminierungsstrukturen. Diversitätsmanagement an Hochschulen soll diesen entgegenwirken. Doch Diversität ist im Zuge von Hochschulreformen in der deutschen Hochschullandschaft eng mit Neoliberalisierungsprozessen verwoben. Und diese Verwobenheit stellt eine neue Herausforderung dar, da das Konzept der Diversität nicht zwangsläufig zum Abbau von Rassismus und Diskriminierung führt.

## Historische Perspektive

Rassismus ist eine gesellschaftliche Struktur, die darauf basiert, dass Menschen „natürliche“ und „kulturelle“ Eigenschaften zugeschrieben und diesen Eigenschaften zufolge hierarchisiert werden. Dies zeigt sich nicht allein in Vorurteilen, sondern auch darin, dass entlang dieser Zuschreibungen Zugänge zu gesellschaftlichen Ressourcen, politischer Repräsentation, Arbeit, Wohnraum, Gesundheitswesen und auch Bildung verteilt werden. Diese Ungleichverteilung von Ressourcen erzeugt Machtverhältnisse, die von Rassismus aufrecht erhalten werden.

Die Machtverhältnisse sind historisch begründet. Der gegenwärtige Rassismus in Deutschland ist entstanden und genährt durch die westliche Aufklärung und Wissenschaft. Die (Bildungs-)Ideale der Aufklärung und des Humanismus entwickelten sich zeitgleich zum europäischen Kolonialismus und Imperialismus, weshalb sie sich gegenseitig beeinflusst haben. Beispielsweise ist Immanuel Kant einer der wichtigsten Philosophen der europäischen Aufklärung, dessen Perspektive bis heute die Philosophie und das europäische Moralverständnis maßgeblich beeinflusst. Sein Konzept der moralischen Erziehbarkeit ist in verschiedene „Menschenrassen“ unterteilt, bei dem die weiße „Rasse“ – insbesondere der weiße Mann – als einziger und „von Natur aus“ dazu in der Lage sei, sich selbst zu einer hohen Moral zu erziehen. Dadurch bedient sich Kant der Grundannahme einer weißen (moralischen) Überlegenheit, die dazu genutzt wurde, die Verbrechen der Kolonialzeit zu legitimieren.

Im zweiten Weltkrieg lieferten deutsche Physiker\*innen das Wissen zum Bau der Kriegsmaschinerie, und deutsche Sozialwissenschaftler\*innen trugen zur Legitimierung der Verbrechen an Menschen jüdischen Glaubens, homosexuellen

Menschen, Menschen mit Behinderungen und Sinti und Roma bei. Hochschulen sind der Ort, an dem die Unterordnung von Frauen\*, Schwarzen und of Color-Personen intellektualisiert und wissenschaftlich abgesi-

## Intersektionalität

Helma Lutz, Maria Herrera Vivar und Linda Supik definieren den Intersektionalitätsansatz als die gleichzeitige und wechselseitige Zusammensetzung verschiedener Kategorien sozialer Differenzierung, die auf die Analyse des Schwarzen Feminismus in den USA zurückzuführen ist. Der Kritik der Schwarzen Frauenrechtsbewegung am weißen bürgerlichen Feminismus, nur die Unterdrückungserfahrungen weißer Mittelschichtsfrauen zu thematisieren und zu zentrieren, folgte der Versuch, die Mehrdimensionalität und Komplexität der Erfahrungen von Schwarzen Frauen\* analytisch zu erfassen. Durch die Intervention von Theoretiker\*innen und Aktivist\*innen wie Patricia Hill Collins, des sozialistisch-lesbischen Combahee River Collectives oder Kimberly Crenshaw (als Namensgeber\*in) wurde die Notwendigkeit der Erweiterung der Kategorie Geschlecht um „Rasse“ und Klasse gefordert. Dabei wurde deutlich, dass die feministische Theorie und Politik Intersektionalität nicht auf endliche Kategorien wie „Rasse“, Klasse oder Geschlecht reduzieren kann, sondern die Mehrdimensionalität und Wechselwirkungen immer im Verhältnis zu verschieden verorteten sozialen Differenzierungen angesehen werden. Queer und Disability Studies haben besonders in Bezug auf Heteronormativität, Sexualität und Behinderung die Notwendigkeit der ständigen Reflexion und Dekonstruktion von Machtverhältnissen hervorgehoben.

chert wurde. Kontinuitäten dieser Denkmuster sind bis heute immer wieder an Hochschulen zu finden, wenn insbesondere rechte Wissenschaftler\*innen antifeministisches und rassistisches Gedankengut als objektive Wissenschaft verbreiten wollen.

## Neoliberale Hochschule

Wie äußern sich diese Verhältnisse in aktuellen Hochschulstrukturen? Im Zuge von neoliberalen Umstrukturierungen rückt die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen in den Vordergrund. Dabei nimmt Diversitätsmanagement eine Schlüsselrolle ein. Diversität versucht, die Gesellschaft in ihrer Vielfalt und Heterogenität von Lebenslagen und Lebensentwürfen zu erfassen. Das Konzept der Diversität selbst ist aus dem Managementsektor entnommen. Es ist in den Hochschulkontext überführt worden in der Hoffnung, durch die Diversität von Studierenden, Forschenden und Lehrenden auf dem internationalen Markt wettbewerbsfähig zu bleiben. Als wichtiger Bestandteil der Imagepolitik soll Diversität, wie Sara Ahmed es auch in *On Being Included: Racism and Diversity in Institutional Life* darlegt, eine (kosmopolitische) „Weltoffenheit“ suggerieren. Wettbewerbsfähigkeit und Imagepolitik adressieren jedoch nicht die alltäglichen und institutionellen Diskriminierungen, denen Schwarze und of Color-Lehrende, -Forschende und -Studierende ausgesetzt sind. Diversität sollte einen öffentlichen Diskurs über Diskriminierung in den Mittelpunkt stellen. Nicht die Inwertsetzung von als divers definierten Menschen.

## Diversität: zweiseitiges Schwert

Werden die Zugänge von marginalisierten Gruppen zu Bildung betrachtet, ist also das Konzept der Diversität von besonderer Bedeutung. Diversität ist hierbei ein zweiseitiges Schwert. Es birgt einerseits das Potenzial, soziale Ungleichheit zu problematisieren und durch Gleichstellungspolitiken auch Diversität in den Strukturen von Institutionen zu schaffen. Fehlt die herrschaftskritische Ausrichtung jedoch, besteht die Gefahr, dass Differenz, wie im Wirtschaftssektor zu beobachten ist, der „Gewinnmaximierung unter Beibehaltung der hierarchischen Verhältnisse“ dient und entpolitisiert wird, so Maureen Maisha Eggers in ihrem Beitrag *Diversität/Diversity*. Eine Gefahr dieser Entpolitisierung ist auch, dass die internationale Mobilität von einigen als Kapital der Globalisierung angesehen wird, während andere aus dem Konzept der Diversität ausgeschlossen werden, so Vanessa Thompson und Veronika Zablotsky in ihrem Artikel *Rethinking Diversity in Academic Institutions*. Internationale Forscher\*innen werden ermutigt, ihre Mobilität zu nutzen und sich auf dem globalen Markt frei zu bewegen, während insbesondere geflüchtete Menschen oftmals als kostenintensiv, vermeintlich

ungebildet und potentiell terroristisch konstruiert werden. Nur diejenige Differenz, die unter Diversität verwertbar und vermarktbar bleibt, ist erwünscht. Diese Entwicklungen können zur Folge haben, dass ein derartiges Diversitätskonzept langfristig nicht zu einer gleichberechtigten Teilhabe aller führen kann.

## Repolitisierung von Diversität

Um das Potenzial von Diversitätskonzepten auszuschöpfen, muss also einer depolitisierten Definition von Diversität entgegengewirkt werden. Es ist notwendig, die Definition von Diversität gemeinsam auszuhandeln, und zwar unter Beteiligung derjenigen, die von Rassismus betroffen und soziokulturell, politisch und ökonomisch benachteiligt sind. Es besteht die Notwendigkeit, wissenschaftlich wie aktivistisch für die Repolitisierung von Diversität einzustehen, damit langfristige Machtdynamiken destabilisiert werden, die rassistische, koloniale, vergeschlechtliche, sexualisierte und klassistische Machtverhältnisse aufrechterhalten.

■ Bilge Cömert studiert im Master Sozialwissenschaft an der Humboldt Universität zu Berlin. Ihre Studienschwerpunkte umfassen anti-rassistischen Feminismus, Flucht und Migration. Sie ist Mitglied der GEW.

Die hier verwendeten Begriffe „weiß“, „Schwarz“ und „of Color“ sind keine biologistischen Zuschreibungen, sondern politische Begriffe, die als politische Selbstbezeichnung (Schwarz, of Color) auf Dominanz- und Machtverhältnisse (weiß) und zugeschriebene sozialhistorische Positionen hinweisen. Um hierbei den Konstruktionscharakter zu verdeutlichen, wird Schwarz großgeschrieben und weiß kursiv.



Bild: Ostrala



Klassismus an deutschen Hochschulen

# Das Märchen vom sozialen Aufstieg

// **Klassismus als Begriff ist vielen Menschen unbekannt. Was manche mit der Epoche des Klassizismus verwechseln, ist für andere eine Diskriminierungserfahrung, die sie tagtäglich an Hochschulen erleben.** //

Während im englischsprachigen Raum *classism* als Analysebegriff nicht wegzudenken ist, bleibt eine ähnliche Verbreitung in Deutschland noch aus – doch auch hier gilt: *Change is coming*. Will eine identitätspolitische, intersektionale Analyse alle Diskriminierungsmechanismen in einer Gesellschaft erfassen, braucht es ein Verständnis von Klassismus, um Benachteiligung und Ausschlussmechanismen in Bezug auf soziale Herkunft offenlegen zu können.

## Von der Wiege bis zur Bahre: Klassismus von Anfang an

Als Kind einer Arbeiter\*innenfamilie war es nicht vorgesehen, dass ich ein Gymnasium besuche, geschweige denn ein Universitätsstudium absolviere. Ich erinnere mich noch, wie meine Grundschullehrerin meinen Wunsch kommentierte:

„Deine Eltern werden dir bei den Hausaufgaben auf dem Gymnasium aber nicht helfen können.“ Was für mein zwölfjähriges Ich unheimlich verunsichernd klang, ist Klassismus in Reinform. Begriffen habe ich das aber erst sehr viel später. Diese Erfahrung zu rationalisieren und einordnen zu können, war mir erst möglich, als ich be-

### FikuS Münster

Das Referat für finanziell und kulturell benachteiligte Studierende thematisiert und bekämpft Klassismus und Bildungsbenachteiligungen aufgrund der sozialen Herkunft und ist eine Selbstvertretungs- und Antidiskriminierungsstelle für Studierende Arbeiter\*innenkinder.

Kontakt: [asta.fikus@uni-muenster.de](mailto:asta.fikus@uni-muenster.de)

griff, dass klassistische Stereotypen im Bildungswesen die Regel sind. In Deutschland hängt der Schulerfolg gemessen am Durchschnitt der OECD-Länder besonders stark von der sozialen Herkunft ab. Abzulesen ist dies unter anderem in den regelmäßigen Sozialerhebungen des Deutschen Studentenwerks. Nur 21 von 100 Kindern aus nichtakademischen Familien besuchen eine Hochschule, lediglich acht erwerben einen Masterabschluss und nur eines den Dokortitel. Maßnahmen oder Offensiven, die Klassismus als solchen thematisieren, bleiben aber vermisst.

## Klassismus konkret

Klassismus beschreibt die systematische und strukturelle Diskriminierung und Unterdrückung auf Basis vermuteter oder tatsächlicher bildungs- bzw. sozialpolitischer Herkunft. Kurzum, alle Diskriminierung, die auf die soziale Klasse der Menschen rekurriert, ist unter Klassismus zusammenzufassen. Ist der Begriff der Klasse im deutschen Diskurs eher mit Ablehnung verbunden, da Klasse ja eine „Kategorie des 19. Jahrhunderts“ sei, bedarf es eines Plädoyers für einen erweiterten Klassenbegriff als Analyse-kategorie. So muss der marxistische Klassenbegriff, der die Menschen im Spiegel der Produktionsverhältnisse sieht, erweitert werden um die aus der Klassenzugehörigkeit entstehenden Weltanschauungen, aber auch um Lebensstile, Kleidung, Sprache, Geschmack – kurz das, was Bourdieu „Habitus“ nennt. Damit wird der Begriff breiter, aber nicht beliebiger.

Dass Hochschulen als soziale Räume in diesem Sinne Ausdruck eines akademischen Habitus sind, liegt auf der Hand. Diese Räume sind jahrelang von Akademiker\*innen gestaltet worden. Die „Spielregeln“, der Lebensstil, die Sprache, auch die Art, über lockeren,

## SoFiKuS Marburg – Referat für sozial, finanziell und kulturell benachteiligte Studierende

Das SoFiKuS ist ein teilautonomes Referat des AstA Marburg, das sich als politische Interessenvertretung sogenannter Arbeiter\*innenkinder versteht. Das Referat hat sich im Oktober 2019 auf der 1. Vollversammlung konstituiert und ist aus dem Engagement eines Arbeitskreises (AK Klassismus an der Hochschule Marburg) heraus entstanden. Klassische Aufklärungsarbeit über Workshops, Vorträge, Flyeraktionen und Präsenz in der Orientierungswoche ist dabei ein Grundpfeiler, um die Institution Universität samt ihrer Mitglieder hinsichtlich sozialer, finanzieller und kultureller Kapitalien (Bourdieu) und damit verbundenen Privilegien zu sensibilisieren. Beispielsweise ist die Anerkennung von Erwerbsarbeit als Grund für Nicht-Anwesenheit in Uni-Veranstaltungen den Referent\*innen des SoFiKuS ein wichtiges Anliegen. Immer mehr Studierende arbeiten schließlich aus existentieller Notwendigkeit. Kontakt: [sofikus@asta-marburg.de](mailto:sofikus@asta-marburg.de)

gelehrten Small Talk seine Zugehörigkeit zur akademischen Welt zu markieren – all das müssen Kinder aus nichtakademischen Haushalten „lernen“, was mich anfangs stark einschüchterte.

Strukturell operiert Klassismus vor allem durch Naturalisierung und Kulturalisierung. Dass soziale Unterschiede historisch gewachsen sind, wird dabei ausgeklammert. Intelligenz und Begabung seien angeboren und „natürliche Kategorien“, die Kulturen von Arbeiter\*innen und Akademiker\*innen absolut unvereinbar. Dadurch wird jede emanzipatorische Chance im Keim erstickt – gerade deshalb bedarf es einer Sensibilisierung für Klassismus.

## Klassismus und Studienalltag

Bereits vor Studienbeginn finden klassistische Ausschlussprozesse statt. Dazu gehören strukturelle Benachteiligung in der Schule, mangelnde Information über das Studium und mangelhafte finanzielle Unterstützung für Arbeiter\*innenkinder. Während des Studi-

literatur in den Bibliotheken schnell vergriffen, der Kauf von Seminarliteratur aber sprengt den Geldbeutel. Leistungsfähige Laptops werden in vielen Studiengängen vorausgesetzt. Studierende der Geographie berichten, dass sie für Exkursionen die Kosten tragen müssen, weshalb sie nicht daran teilnehmen können. So sind auch hier die ökonomischen Voraussetzungen nicht selten entscheidend für den Erfolg. Rückhalt gibt es kaum – positiv ist aber die Entwicklung, dass sich an einigen Universitäten Referate gegründet haben, die für die Interessen von Arbeiter\*innenkinder eintreten. Davon braucht es unbedingt mehr.

## Gewerkschaftliche Perspektive

Aus gewerkschaftlicher Sicht heißt das, dass Studienbedingungen verbessert werden müssen. Die sozioökonomische Abhängigkeit darf das Studium nicht beeinflussen – sie darf gar keine Bildungsverläufe beeinflussen. Eine Reform des BAFÖG und die Demokratisierung der Hochschulen sind unumgänglich, um inklusivere, sozialverträglichere Strukturen zu schaffen. Gleichzeitig müssen Gewerkschafter\*innen solidarisch an der Seite von abhängig Beschäftigten, Leiharbeiter\*innen, Arbeitssuchenden und Wohnungslosen gegen klassistische Stereotype ankämpfen. Dafür muss begriffen werden, dass jede Lohnarbeit im Kapitalismus ausbeuterisch und damit in Konsequenz klassistisch ist:

„Die ökonomische Betrachtung von Arbeit suggeriert, Arbeit würde unterschiedlich entlohnt, weil dahinter unterschiedliche Qualifikationen, Ausbildungen und Stellungen im Produktionsprozess stehen. Tatsächlich ist aber die Bewertung von Arbeit, sowohl in Form von Geld als Lohn als auch in ihrer ideellen Bewertungsform als sozialer Status, eine Konstruktion, die dazu dient, Macht von Menschen über Menschen herzustellen und aufrechtzuerhalten“, schreiben Kemper und Weinbach in ihrer 2016 veröffentlichten Publikation „Klassismus“.

Intersektional muss die Überwindung von Klassismus deshalb sein, weil Klassismus nicht isoliert operiert, sondern allzu oft mit Sexismus, Rassismus, Homophobie und Transfeindlichkeit einhergeht. Um den komplexen Marginalisierungsprozessen der Gesellschaft entgegenzuwirken, bedarf es einer intersektionalen Perspektive, damit eine Teilhabe aller Menschen gewährleistet wird.

## The Dishwasher – Magazin von und für Arbeiter\*innen|kinder

Yes, a Working Class Magazine! Hier schreiben, entwickeln und lektoriieren Arbeiter\*innen und studierende Arbeiter\*innenkinder Artikel, die eine anticlassistische und selbstorganisierte Sichtweise auf unsere Gesellschaft werfen.

Link: [dishwasher-magazin.de](http://dishwasher-magazin.de)



Bild: Ostrala

ums setzen sich die Benachteiligungen fort: Für Referatstreffen keine Zeit, weil Lohnarbeit – Blockseminar sehr schwierig wahrzunehmen, weil Schichtarbeit am Samstag. In der Regel haben Dozierende kaum Verständnis dafür, dass mensch neben dem Studium Lohnarbeiten muss, gerade wenn Studierende aus nichtakademischen Haushalten kommen. Finanzierung und Organisation von Studium und Arbeit ist wohl eine der größten Hürden, permanenter Zeitmangel, wenig Chance auf Urlaub, den mensch sich kaum leisten kann. Bei vielen modularisierten Kursen ist die Grundlagen-

## Weiterführende Links:

[kikk-bildungsban.de](http://kikk-bildungsban.de)  
[classism.org](http://classism.org)  
[arbeiterkind.de](http://arbeiterkind.de)

■ **Björn Zentschenko promoviert an der Universität Potsdam in Neuerer deutscher Literaturwissenschaft und engagiert sich in der GEW Brandenburg im Bereich Hochschule und Forschung und bei den GEW-Studis.**

„Microcredentials Bolognese“

# Die deutsche Zerstückelung des Studiums – von *Micro-Credentials* und *Smaller Units*

// Mit der Bologna-Erklärung erhalten neue Begrifflichkeiten der *Micro-Credentials* und *Smaller Units* Einzug in die europäische hochschulpolitische Debatte. Darin besteht die Gefahr stärkerer Ökonomisierung und Kommerzialisierung des Studienwegs. Der Partikularisierung des Studiums müssen ein Abbau von Barrieren und eine Anerkennung von vorherigen Lernprozessen und gute Rahmenbedingungen für das Studium folgen. Ein Kommentar. //

Vor zehn Jahren wandte sich die GEW mit dem Motto „Nicht Bologna ist gescheitert, sondern Bonn“ an die hochschulpolitische Öffentlichkeit. Gestärkt werden sollten die progressiven Forderungen, die in den Bologna-Kommunikés vorgebracht worden waren. Kritisiert wurde hingegen die nationale hochschulpolitische Agenda, eine Politik, die hauptsächlich von Berlin, dem Sitz der Bundesregierung, und Bonn, dem Sitz des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, der Kultusministerkonferenz und der Hochschulrektorenkonferenz, ausging. Beobachten lässt sich aber Folgendes: Die Forderungen nach sozialer Durchlässigkeit, gesteigerter Mobilität oder akademischer Freiheit durch weniger Drittmittelfinanzierung in den Hochschulen wurden nicht implementiert. Stattdessen strahlen die Negativbeispiele Deutschlands auf die europäische Ebene!

## Neue Begriffe im Nebel der BUZZ-Words

„Modularisierung“ kam in keinem der offiziellen Kommunikés des Bologna-Prozesses vor. Dennoch erhielten mit Bologna Module flächendeckend Einzug in unsere Universitäten. Deutschland implementierte in eigener politischer Manier kleine Einheiten des Studiums, obwohl dies nicht erklärtes Ziel der Bologna-Konferenz war. Und tatsächlich ist heute ein Studium ohne Module für die meisten Studierenden kaum mehr vorstellbar. Synonyme für die Modularisierung wurden die Verschulung des Studiums, die Verdichtung des Lernstoffes, ein Übermaß an Prüfungen und ein nicht bewältigbarer Workload. Nun tauchen zum ersten Mal die sogenannten *Smaller Units* und *Short Cycles* im Ne-

bel der hochschulpolitischen BUZZ-Words auf europäischer Ebene auf. Was heißt das genau?

*Smaller Units*, also kleinere Einheiten, sind vergleichbar mit einzelnen Modulen. *Micro-Credentials* bezeichnen kleine Bildungseinheiten, die nicht zwangsläufig an die Hochschule gebunden sein müssen, jedoch zertifiziert werden und damit als Leistungsnachweis verbuchbar sind. Ein *Short Cycle* wiederum bezeichnet einen verkürzten Hochschulabschluss, der statt drei nur zwei Jahre dauert.

## Studis als Kunden – Bildung als Ware

Die Probleme der Modularisierung sind klar. Sie haben vielfach zu starren Studienverlaufplänen und einer erhöhten Prüfungsanzahl geführt. Die geplanten Bearbeitungszeiten der Studierenden werden häufig den erwarteten Leistungsumfängen nicht gerecht, die Module werden mit zu geringen ECTS beschrieben. Doch der Vorstoß für *Smaller Units* geht weiter. Die Hochschulen werden aufgerufen, ihren Schwerpunkt von umfassenden vollständigen Studiengängen zu kleineren Lerninhalten umzulagern. Dadurch werden vor allem Lernwege partikularer. In den problematischsten Fällen führen *Micro-Credentials* oder *Smaller Units* sogar zu einer Auslagerung der Lehre in Bezahl-Studieneinheiten. Ein Beispiel sind *Summer schools*, ein- bis zweiwöchige Ferienakademien, für die Studierende häufig viel Geld zahlen müssen. Nicht nur gestaltet sich freie Bildung anders, auch die Intention der politischen Steuerung wird deutlich: Die kleinen Lerneinheiten sollen besonders dem Wunsch nach beruflicher Weiterbildung nachkommen. Dieser Wunsch ist berechtigt, hat aber in der beruflichen Weiterbildung und nicht an den Hochschulen Platz. Denn diese zeichnen sich dadurch aus, Raum für Erkenntnisgewinn zu schaffen, der nicht zweckgerichtet und *Outcome-orientiert* ist. Damit stehen die Hochschulen noch stärker unter Druck, sich unternehmerisch zu zeigen, indem etwa Angebote im Bereich „Bezahl“-Master ausgeweitet werden. Im bildungspolitischen Sinne wird hier verstärkt ein Bild einer sich ständig beruflich optimierenden Gesellschaft gezeichnet. Der Begriff des *Lifelong learning* aber braucht ein weit darüber hinausgehendes Bildungsverständnis.

## Blick nach Frankreich

Werfen wir einen Blick nach Frankreich: Dort existieren bereits sogenannte *Short Cycles*. Sie sollen einen schnellen Einstieg in den Arbeitsmarkt und auch einen guten Übergang in einen regulären BA ermöglichen. Sie sollen nicht dazu genutzt werden, bereits bestehende Angebote auszuhöhlen und einen BA mit einer Mindestregelstudienzeit von drei Jahren zu ersetzen. Dennoch ist häufig genau das der Fall: Oftmals werden sie genutzt, um Studierende, die einen nichtakademischen Hintergrund haben, schneller durch das Bildungssystem zu schleusen. Das Credo muss eher lauten, den Anschluss zwischen den *Short-Cycles* und dem regulären Studium zu stärken, als die Anzahl der *Short-Cycles* zu erhöhen, so fordert es die gewerkschaftsnahe Studierendenvertretung UNEF.

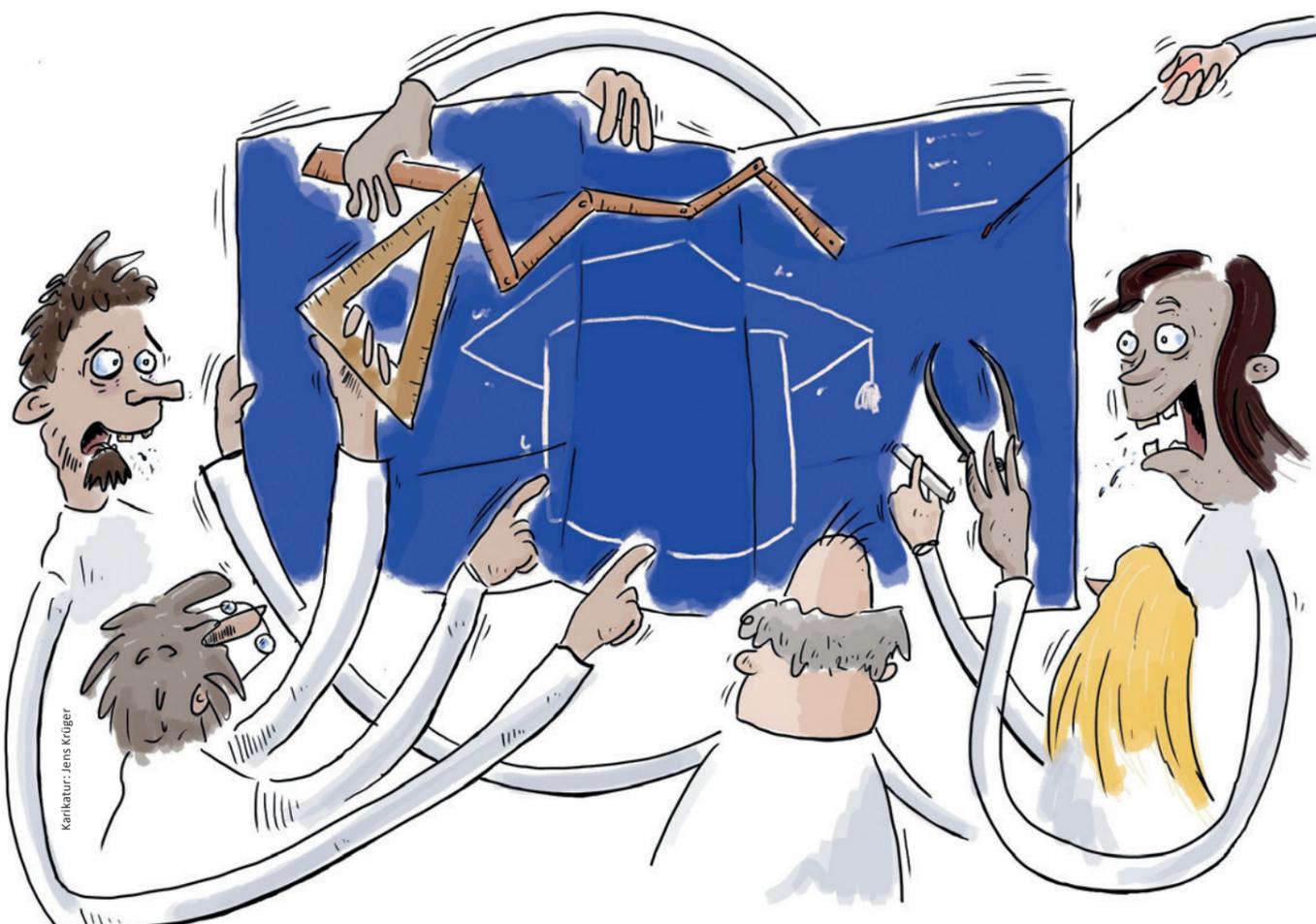
## Abbau von Barrieren?

Häufig wird im Sinne der *Micro-Credentials*, *Smaller Units* und *Short-Cycles* von einem Abbau von Barrieren gesprochen. Noch häufiger ist die Rede von kleinen Einheiten, die Anerkennung erfahren können. Dennoch können kleinere Studieneinheiten Barrieren für die Zulassung und auf dem Weg zu einem erfolgreichem Abschluss nicht abbauen, denn diese sind anderer Natur: schlechte Betreuung im Studium, nicht ausreichende Studienfinanzierung, hohe Arbeitsbelastung neben dem Studium oder Pflege- und Sorgearbeit für Angehörige sind Gründe für das *Dropout* der Studierenden. Verkleinerung und Verschulung der Lerneinheiten können diese Hürden nicht abbauen. Darüber hinaus dürfen kleinere Studieneinheiten erstens nicht selbst wieder neue Hürden finanzieller Art oder hinsichtlich ihrer disproportionalen Arbeitsbelastung schaffen. Zweitens muss die Lissabon-Konvention, ein Übereinkommen über die Anerkennung von Qualifikationen im Hochschulbereich aus dem Jahr 1997, vollumfänglich implementiert werden, denn hier geht es nicht nur um die Anerkennung von Abschlüssen, sondern ebenso von Lerninhalten und *Skills*, die außerhalb des Studiums erworben wurden. Durch eine „*recognition of prior learning*“ kann tatsächlich ein Abbau von Barrieren garantiert werden. So lange diese beiden Voraussetzungen nicht erfüllt sind, bauen *Micro-Credentials*, *Smaller Units* und *Short-Cycles* sogar höhere Barrieren auf.

## Studium muss studierbarer werden

Die von der Politik angedachten Problemlösungen wie *Micro-Credentials*, *Smaller Units* und *Short-Cycles* verfehlen das Ziel eines guten Studiums. Ein gutes Studium sieht anders aus. Sowohl der persönliche Hintergrund als auch das individuelle Lernverhalten bestimmen maßgeblich das eigene Studium. Dafür brauchen wir gute Rahmenbedingungen und eine Lehre, die nicht mehr unter dem Befristungsdruck ächzt. Statt einer beruflichen Optimierung zu verwertungslogischen Zwecken müssen in studierendenzentrierter Lehre der studentische Erkenntnisgewinn und die Qualifikation des einzelnen Menschen im Mittelpunkt stehen. Ein Studium muss sich demokratisch und partizipativ gestalten. Nur das entspricht einem emanzipatorischen und europäischen Bildungsverständnis.

■ Nathalie Schäfer gehört seit 2018 dem Sprecher\*innenteam des Bundesausschusses der Studentinnen und Studenten in der GEW (BASS) an und studiert Ästhetik in Frankfurt am Main.



20 Jahre europäischer Hochschulraum

# Quo vadis Bologna?



Sebastian Berger vertritt an die 20 Millionen Studierende in Europa.

// Sebastian Berger ist stellvertretender Vorsitzender der European Students' Union (ESU), dem europäischen studentischen Dachverband, und vertritt auf europäischer Ebene 46 Studierendenvertretungen aus 40 Ländern, somit fast 20 Millionen Studierende in Europa. Wenn Sebastian nicht gerade in Brüssel die bildungspolitischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Belange der Studierenden gegenüber der Europäischen Union, der Bologna-Follow-up-Gruppe, dem Europarat und der UNESCO vertritt, lebt der Österreicher in Wien und studiert Politikwissenschaft. Nathalie Schäfer hat für die read.me mit ihm über die Situation der Studierenden in Europa und den Fortgang des Bologna-Prozesses gesprochen. //

Am 19. Juni 1999 wurde die erste Bologna-Erklärung unterzeichnet. Vieles von dem Prozess ist nicht oder anders gekommen als erwartet. Was waren die Errungenschaften des Prozesses?

Der Begriff Bologna-Prozess geht auf die Bologna-Deklaration zurück, die am 19. Juni 1999 bei einem Treffen von 29 Bildungs- und Wissenschaftsminister\*innen in Bologna (Italien) unterschrieben wurde. Diese Deklaration legte den Grundstein für eine Entwicklung, die die Harmonisierung der europäischen Hochschullandschaft zum Ziel hatte. Sie spiegelt sich in der Konstitution des Europäischen Hochschulraums 2010 wider.

Die maßgeblichen Impulse innerhalb dieses Prozesses werden auf den alle zwei bis drei Jahre stattfindenden ministeriellen Konferenzen gesetzt. Neben den Bildungs- und Wissenschaftsminister\*innen nehmen auch Vertreter\*innen von Hochschulen teil, die als beratende Stimmen hinzugezogen wurden. Anfänglich konzentrierten sich die Konferenzen auf die Einführung eines Systems leicht verständlicher und vergleichbarer Abschlüsse, die Überarbeitung der sehr unterschiedlichen nationalstaatlichen Studienstrukturen hin zu einem zu diesem Zeitpunkt zweistufigen Konzept (zwei Hauptstudienzyklen, Anm. der Red.) und die Implementierung eines universellen Leistungspunktesystems, das die Vergleichbarkeit von Studienleistungen vereinfachen soll. Im Zentrum der Überlegungen stehen aktuell außerdem

eine verstärkte Zusammenarbeit in Sachen Qualitätssicherung sowie die Förderung der internationalen Mobilität von Studierenden und Hochschulangehörigen.

Nicht nur die mittlerweile 48 Länder gestalten den Prozess. Auch sogenannte „Stakeholder“ wie die Hochschulvertretungen, die Bildungsgewerkschaften als Vertretungen der Hochschulbeschäftigten und auch die Studierenden arbeiten in den Strukturen mit. Wie bringt ihr die studentischen Interessen in den Strukturen ein?

Im Rahmen der ministeriellen Konferenz in Prag 2001 stieg die Zahl der Mitgliedstaaten auf 32 an. Auch wurde am Verhandlungstisch Platz für die ersten Stakeholder-Organisationen geschaffen. Das ist ein großer Schritt hinsichtlich demokratischer Mitbestimmung gewesen. So wirkten sowohl die European University Association als auch die damalige ESIB, European Student Information Bureau (heute ESU, Anm. der Red.), am Entwurf des Prager Kommuniqué mit. Im weitesten Sinne bestärkte das Prager Kommuniqué die Ziele der ihm vorangegangenen Bologna-Deklaration und erweiterte sie um die Förderung des „lebenslangen Lernens“ sowie dem Wunsch nach einer Intensivierung der Attraktivität des europäischen Hochschulraums.

Im Laufe der darauffolgenden Jahre zeichnete sich eine Diversifizierung der Themen sowie eine stetige Ausweitung des Kreises der beteiligten Akteure ab. Spätestens seit dem Kommuniqué 2005 machten die Minister\*innen explizit „die zentrale Rolle der Hochschulen, ihrer Mitarbeiter und der Studierenden“ deutlich.

Als Stimme der Studierenden innerhalb der Bologna- bzw. EHEA Strukturen (European Higher Education Area, Anm. der Red.) vertreten wir die Interessen von fast 20 Millionen Studierenden gegenüber den Mitgliedstaaten und internationalen Organisationen. Durch unsere 46 nationalen Studierendenschaften aus 40 Ländern gelingt es uns, die jeweilige nationale Studierendenperspektiven einzufangen und am Verhandlungstisch zu vertreten. Gemeinsam mit unseren Mitgliedern erarbeiten wir politische Positionspapiere und Interessenvertretungsstrategien, um die Situation der Studierenden in Europa zu verbessern.

In den letzten zehn Jahren hat eine über die Grundforderungen hinausgehende Erweiterung von vielen Zielen des Bologna-Prozesses stattgefunden. Die Lissabon-Strategie wäre hier etwa zu nennen, aber auch die Verwettbewerblichung von Hochschulen. Das hat dem Prozess mehr politischen Gehalt verliehen. Welche Themen werden gerade diskutiert?

Zwischen der ersten Konferenz in Bologna 1999 und der anstehenden Konferenz in Rom 2020 sind mehr als zwei Dekaden vergangen. Eine Zeit, in der sich Europas Hochschullandschaft tiefgreifend und nachhaltig verändert hat. Die Entscheidungskompetenz wurde jedoch nicht aus der Hand der Nationalstaaten gegeben. Einzig die Europäische Kommission wurde als stimmberechtigtes Mitglied in die Bologna-Struktur aufgenommen. Aber: Bologna hat Europa zweifelsohne näher zusammenrücken lassen und zeigt sich mitverantwortlich für eine Generation von Studierenden, die während ihrer hochschulischen Laufbahn und durch die verbesserte Vergleich- und Anrechenbarkeit ihrer Abschlüsse international weitaus mobiler ist als jede Studierendengeneration vor Beginn der Umstrukturierungsmaßnahmen.

Massiven Aufholbedarf gibt es bis heute im Bereich der sozialen Dimension des Studierens. Es fehlt hier an Verbindlichkeit, die in anderen Politikfeldern in Form von gemeinsamen Richtlinien geschaffen wurden. Im Bereich der Qualitätssicherung etwa gibt es die European Standards and Guidelines for Quality Assurance in the European Higher Education Area. Gerade im Bereich der internationalen Mobilität von Studierenden zeigen europaweite Erhebungen, dass entsprechende Angebote tendenziell von Studierenden mit gutem sozioökonomischem Hintergrund wahrgenommen werden. Die soziale Selektion und Vererbung von Bildung ist ein Phänomen, dem die Bildungs- und Wissenschaftsminister\*innen bis heute nicht beikommen konnten, wie Daten der alle zwei Jahre durchgeführten europäischen Studierendensozialerhebung EUROSTUDENT zeigen. Das sind die Themen, die wir in die Verhandlungen tragen!

■ Nathalie Schäfer gehört seit 2018 dem Sprecher\*innenteam des Bundesausschusses der Studentinnen und Studenten in der GEW (BASS) an und studiert Ästhetik in Frankfurt am Main.



## Bologna Emeritus – 20 Jahre hochschulpolitische Integration Europas – Analyse und Kritik

Andrea C. Blättler und Franz-Dominik Imhof haben in „Bologna emeritus?“ eine gesellschaftstheoretische und kritische Analyse des Bologna-Prozesses, dem einflussreichsten hochschulpolitischen Prozess in Europa, geliefert. Darin beschreiben sie den Bologna-Prozess als komplexe Großbaustelle mit je 48 Bauplätzen und 48 Bauherren und einer komplexen Bauprozess-Steuerung auf verschiedenen Ebenen, in einzelnen Hochschulen, auf Bundes- und europäischer Ebene. Die Arbeiter\*innenschaft des Prozesses aber, so zeigt das Buch, sind nicht zuletzt die Hochschul-Mitarbeiter\*innen und Studierenden. Da Bologna explizit auf die Partizipation dieser so genannten „Stakeholder“ ausgelegt ist, funktioniert der Prozess nur, wenn diese Gruppen mitspielen. Und das heißt auch, und das ist die gute Botschaft, sie haben spezifische Machtressourcen, die genutzt werden können, um den Prozess zu verändern. Der Band ist 2019 in der Reihe „GEW-Materialien aus Hochschule und Forschung“ im wbv-Verlag erschienen und ist im Open Access kostenlos verfügbar: [www.wbv.de](http://www.wbv.de).

# Hong Kong: Eine Bewegung, die kein Ende kennt

**// In Hong Kong kommt es seit Juni 2019 fast täglich zu Massenprotesten. Nicht nur auf der Straße, auch am Arbeitsplatz und im Rat der Stadt treten die Protestierenden für Demokratie und die Achtung der Menschenrechte ein. Tin Fong Chak, Vizepräsident der Hong Kong Professional Teachers' Union (HKPTU) und Teilnehmer an den Protesten, schreibt über seine Erfahrungen und seine Sicht auf den Aufstand. //**

„Free Hong Kong, Revolution of our time“, schreien schwarz gekleidete Menschen auf der Straße. Dann kommen mit Tränengas und Gummigeschossen bewaffnete Polizeieinheiten, obgleich es sich um einen friedlichen Protest handelt. Die Straße im Stadtzentrum hat sich in ein Schlachtfeld verwandelt. Seit einem halben Jahr handelt es sich hierbei um eine ganz normale Szene in Hong Kong. Was geschieht hier gerade? Diese Frage ist nicht einfach zu beantworten.

## Hong Kong – China: Eine lange Geschichte

Die ganze Geschichte begann 1842, als Hong Kong, damals nicht mehr als ein Dorf, britische Kolonie wurde. Damit wurde die Herrschaft der feudalistischen Qing-Dynastie beendet. Die Kolonisator\*innen brachten die westliche Kultur und ein modernes Regierungssystem mit. In den letzten Jahrzehnten der Kolonialzeit wurden durch die Kolonialregierung die Etablierung einer rechtsstaatlichen Ordnung und die Anerkennung der Menschenrechte vorangetrieben. Währenddessen fand in China die Kulturrevolution statt. In Folge dieser grausamen kommunistischen Bewegung starben nicht nur Millionen von Menschen, es wurde auch kulturelles Erbe zerstört.

Viele Einwohner\*innen Hong Kongs kommen aus Festland-China und sind vor der autoritären Regierung, vor Repression und Hunger geflohen. Deswegen stritten wir bereits in den 1970er Jahren für zwei politische Prinzi-

pien als Voraussetzung einer Übergabe Hong Kongs an China: „Ein Land, zwei Systeme“ und „Ein hohes Maß an Selbstbestimmung“. Das ermöglichte uns Freiheiten, die die Menschen in Festland-China nicht hatten. Diese Freiheiten wurden uns in einer gemeinsamen Erklärung von Großbritannien und China zugesichert. Peking versuchte im Laufe der Jahre, immer mehr Kontrolle auf schulische Lehrpläne, die Medien und Unternehmensvorstände auszuüben und zögerte die Umsetzung politischer Reformen hinaus. Politiker aus dem pekingfreundlichen Lager dominieren heute den Legislativ-Rat. Das Versprechen, dass „das Volk Hong Kongs Hong Kong regieren soll“, verkommt zu leerem Gerede. All diese Entwicklungen zusammengenommen führten 2014 zur „Regenschirmbewegung“, mit der wir 77 Tage lang zwei wichtige Straßen im Geschäftszentrum besetzten. Wir forderten ein allgemeines Wahlrecht, das internationalen Standards genügt. Dieser Protest endete ohne Zugeständnisse der Regierung.

## Kampf gegen den Autoritarismus

In den fünf Jahren seit der Regenschirmbewegung wurden die Bürger\*innenrechte immer weiter eingeschränkt. Ein drohendes neues Auslieferungsgesetz löste die jetzige Protestbewegung aus. Die Regierung Hong Kongs beabsichtigt, flüchtige Verdächtige in Zukunft auch Gerichten in China auszuliefern. Zweifellos würde durch diesen Gesetzentwurf China eine weitere Möglichkeit geben, Anhänger\*innen der Opposition zu verhaften. Dadurch würde nicht nur die letzte Verteidigungslinie gegenüber einer vollständigen gerichtlichen Abhängigkeit von China verschoben, sondern auch die Grenze zwischen dem autoritären China und Hong Kong. Alles einschließlich der Bürgerrechte, der gerichtlichen Unabhängigkeit und geschäftlicher Vorteile wäre bedroht. Bei dem Gesetzentwurf handelt es sich um ein Trojanisches Pferd, dem das Massaker folgen würde.

Während das alte Hong Kong schrittweise verschwindet, stehen wir jetzt auf. Wir streiken, wir marschieren. Demonstrierende tragen Testamente in ihren Rucksäcken. Schüler\*innen wurde in die Brust geschossen. Studierende kamen auf verdächtige Weise ums Leben. Wir sind mit der entfesselten Gewalt der Polizei und krimineller Gruppen konfrontiert. Die Polizei verhaftet wahllos – auf Demonstrationen wie in Einkaufszentren. Wir führen ein Leben unter Staatsterrorismus. Aber wir werden niemals zurückweichen. Wir müssen die Hände des autoritären Staates davon abhalten, in unsere Leben einzugreifen. Chinas Macht erstreckt sich mittlerweile über den Globus. Hong Kong kämpft als chinesische Sonderverwaltungszone und als internationale Stadt gegen Chinas neuen Eisernen Vorhang. Ich glaube, dass wir nicht nur für unsere Menschenrechte kämpfen, sondern für die ganze Welt. Wir kämpfen gemeinsam mit unseren Schwestern und Brüdern in Xinjiang Uyghur (die Region, die mehrheitlich von den Uiguren bewohnt wird, Anm. der Red.) und Taiwan, die auch durch das autoritäre China bedroht und unterdrückt werden.

## Gewerkschaften in führerloser Bewegung

Es gibt keine Anführer\*innen der Bewegung, weder von Parteien noch von Gewerkschaften. Die Menschen vertrauen keiner politischen Führung mehr. Alle Entscheidungen werden über das Online-Forum LIHKG, das Reddit ähnelt, oder per Telegram getroffen. Alle sind gleich, niemand übernimmt die Führung.

Dennoch war die Lehrer\*innengewerkschaft zuletzt stark gefordert. Regierungsanhänger\*innen hatten gemeldet, was Lehrer\*innen auf ihren privaten Social-Media-Accounts gepostet hatten. Es wurde behauptet, dass sie sich deutlich gegen Regierung und Polizei positioniert hätten, was einen schlechten Einfluss auf die Schüler\*innen habe. Daraufhin ermittelte die Bildungsbehörde und einige Lehrer\*innen wurden vom Dienst suspendiert. Unsere Gewerkschaft verurteilte diese Entscheidungen, weil sie soziale Kontrolle darstellten



**Kin-Yuen IP, einer von vier Vizepräsidenten und Ratsmitglied des Hongkonger Legislativ-Rates**

und die Redefreiheit der Lehrenden beschränkten. Wir organisierten eine öffentliche Versammlung und ermutigten unsere Mitglieder, rechtlich dagegen vorzugehen.

Am 5. August 2019 nahmen 350.000 Menschen an einem politischen Streik teil. So etwas hat es in Hong Kong noch nie gegeben. Jetzt entstehen neue Gewerkschaften in verschiedenen Sektoren. Unser Ziel ist es, für einen großen politischen Streik in der Zukunft zu mobilisieren.

## Vereinte Bewegung in einer zweigeteilten Gesellschaft

Die traditionelle chinesische Kultur betont die Loyalität gegenüber der bestehenden Regierung und der sozialen Ordnung. Dabei kommt es zu Konflikten mit denjenigen, die fürchten, dass die Proteste ihr sicheres Leben zerstören und zu einer wirtschaftlichen Krise führen könnten und die deshalb die Regierung und den Einsatz der Polizeigewalt unterstützen.

Bei den Bezirkswahlen im November 2019 errang das demokratische Lager einen Erdrutschsieg. Wir erhielten 86,8 Prozent der Sitze. Bei den letzten Wahlen hatten wir nur 29 Prozent erhalten. Insgesamt holte das prodemokratische Lager 57 Prozent der Stimmen, das pekingfreundliche Lager erhielt 43 Prozent. Der Graben zwischen den beiden Lagern ist tief.

Wir marschieren in eine neue Ära aufgrund unserer neuen Identität als „Hong Konger\*innen“, die auf Solidarität und Selbstlosigkeit basiert. Wir vertrauen und helfen unseren Mitstreiter\*innen ohne jedes Kalkül. Die Bewohner Hong Kongs waren als „economic animals“ bekannt. Diesmal geht es weder um Geld noch um eine Gegenleistung, sondern um Gerechtigkeit, Stolz, Einheit – Werte, die zuvor nie Thema waren. Wir kämpfen um unseren Stolz und darum, was uns zusteht. „Fünf Forderungen und keine weniger“: Rücknahme des Auslieferungsgesetzes, Rücknahme der Bezeichnung der Proteste als Krawalle, Amnestie für alle, die bei Demonstrationen verhaftet wurden, unabhängige Untersuchungen zur Polizeigewalt, politische Reformen und ein allgemeines Wahlrecht.

Unser Demonstrationslied drückt unsere Wünsche und Ziele aus, wofür wir beten und kämpfen: „Demokratie und Freiheit für alle Ewigkeit! Möge der Ruhm Hong Kong gehören!“

**Tin Fong Chak ist Vizepräsident der Hong Kong Professional Teachers' Union (HKPTU) Übersetzung und Bearbeitung: Hans Stephan und Stefani Sonntag**



**Lehrer\*innenkundgebung zur Unterstützung der Anti-ELAB-Proteste**

## Corona-Update

Die Regierung von Hongkong erließ im Zuge der COVID-19-Pandemie Gesundheitsschutzgesetze, die Versammlungen mit mehr als vier Personen verbieten. Das ist ein Schlag für die Bewegung. Proteste im öffentlichen Raum wurden von der Polizei aufgelöst. Allerdings ist die Bewegung nicht am Ende. Nach wie vor werden regierungstreue Geschäfte von der Bewegung boykottiert und Unterstützungsmöglichkeiten für politische Gefangene organisiert.

Studentische Tarifverträge

# Ein Schutzmantel für Krisenzeiten

**// Ein Tarifvertrag löst zwar nicht jedes Problem, ist aber krisensicher und ermöglicht längere Vertragslaufzeiten. Noch ist Berlin das einzige Bundesland mit einem Tarifvertrag für studentische Beschäftigte (TVStud). Tarifinitiativen in anderen Ländern machen sich auf den Weg, Bremen hat ein erstes Zeichen gesetzt. Doch die Landespolitiker\*innen stehen sich aus der Verantwortung. //**

Das Sommersemester 2020 hat unter den Bedingungen der Coronakrise begonnen. Die Hochschulen wurden geschlossen und es war unklar, wie es in den darauffolgenden Wochen und Monaten weitergehen würde. Die studentischen Beschäftigten hat der Corona-Lockdown Mitte März zum ungünstigen Zeitpunkt erwischt. An vielen Hochschulen werden die Verträge für studentische Beschäftigte nur semesterweise vergeben, mit Vertragsbeginn in der Regel zum Vorlesungsbeginn.

Bei all dem Chaos von Lockdown, Umstellung auf Homeoffice und hektischer Verlagerung der Lehre in den digitalen Raum hatte die Einstellung von studentischen Beschäftigten keine Priorität.

## Tarifvertrag für studentische Hilfskräfte

Neben höheren Löhnen, die über den gesetzlichen Mindestlohn hinausgehen, ermöglicht ein Tarifvertrag die Festschreibung von Mindestvertragslaufzeiten, damit eben nicht zu jedem Semesterbeginn die Vertragsverlängerung neu beantragt werden muss. Um hier gleich zwei verbreiteten Mythen entgegenzutreten: Zum einen sind damit längere Laufzeiten nicht ausgeschlossen. Zum anderen haben studentische Beschäftigte – wie alle anderen Angestellten auch – unter Einhaltung von Kündigungsfristen die Möglichkeit, vorzeitig ohne Angabe von Gründen zu kündigen.

In einem Tarifvertrag kann ferner klar geregelt werden, dass und wie die intensive Vor- und Nachbereitung von Tutorien als Arbeitszeit anerkannt wird. Gute Vorbereitung steigert schließlich die Qualität der Lehre und ist somit ein Gewinn für alle Studierenden. Bei der Umstellung auf Online-Lehre mit erhöhtem Beratungs- und Betreuungsbedarf ist dieser Zeitaufwand in der Coronakrise deutlich gestiegen.

Und wer arbeitet, hat auch immer ein Recht auf Urlaub. Studentische Tarifverträge können die gleichen Bedingungen festschreiben, die für alle anderen Beschäftigten an der Hochschule gelten, nämlich 30 Tage Urlaub

im Jahr. Ohne tarifliche Regelung gilt der geringere gesetzliche Urlaubsanspruch von nur 20 Tagen. Ein weiteres wichtiges Element von Arbeitsverträgen ist tarifbar und spielte im Arbeitskampf der studentischen Beschäftigten in Berlin eine wichtige Rolle: die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.

Tariflich garantierte Arbeitsbedingungen sind für den Arbeitgeber verbindlich und können gerichtlich eingeklagt werden. Außerdem wird in der Hochschule die Einhaltung von Tarifbestimmungen von den zuständigen Personalvertretungen kontrolliert. Längere Vertragslaufzeiten haben auch umgekehrt den Effekt, dass sie die Gründung bzw. die kontinuierliche Mitarbeit in (studentischen) Personalräten ermöglichen. Wer interessiert sich schon für Personalratsarbeit, wenn er oder sie einen Arbeitsvertrag hat, der nicht mehr als die drei Monate der Vorlesungszeit umfasst?

## TVStud Berlin sucht Verwandte

Nach erfolgreichen Tarifverhandlungen in Berlin sind immer mehr Initiativen an Hochschulstandorten in vielen Bundesländern gestartet. Das erste bundesweite, gemeinsam von GEW und ver.di organisierte Vernetzungs- und Qualifizierungstreffen für einen TVStud fand im Februar 2020 in Hattingen statt. Hier wurden die verschiedenen Erfahrungen zu Arbeitsbedingungen einerseits und Kampagnenarbeit andererseits ausgetauscht und Strategien auf dem Weg zu einem Tarifvertrag diskutiert, kurz: Der Berliner TVStud sucht Verwandte in den anderen Bundesländern.

Die von GEW und ver.di unterstützte Tarifinitiative TVStud Bremen hat nun vorgelegt. Eine Tarifkommission wurde am 8. November 2019 gewählt, die am 13. Dezember 2019 ihren Forderungskatalog beschlossen hat. Die abgestimmten Forderungen wurden am 29. Januar 2020 mit einer symbolischen Aktion an die Bremische Bürgerschaft übergeben, der Senator für Finanzen wurde offiziell zu Tarifverhandlungen aufgefordert.

## Länder lassen Studierende im Regen stehen

Einige Landesregierungen verhalten sich nun wie der Wolf im Schafspelz. Sie nehmen das Ziel in ihre Koalitionsverträge auf, innerhalb der Legislaturperiode einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte zu schließen und deren Arbeitsbedingungen zu verbessern. Wenn es aber konkret wird, verweisen sie auf die Zuständigkeit der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL), der sie selbst angehören. So spielen die Landespolitiker\*innen auf

Zeit und schieben die Schuld für die Verzögerung anderen Akteuren in die Schuhe. Einsatz und Verantwortung für die Beschäftigten seines Bundeslandes zu übernehmen, sieht sicher anders aus.

Dieses Spielchen – „Wir würden ja gerne, aber die anderen ...“ – fand bereits zwischen den verschiedenen Hochschulen in Berlin statt. Doch dies ist kein Grund, sich entmutigen zu lassen. Wichtig ist immer genau zu schauen, was unter dem Schafspelz steckt. Ein Wolf bleibt ein Wolf, so lange er seine Verantwortung nicht übernimmt. Für sich selbst und Kommiliton\*innen etwas zu verbessern, dafür zu sorgen, dass die Studierenden in Zukunft Klarheit über ihre Rechte als studentische Beschäftigte haben, mitbestimmen zu können und geltendes Recht wirksam durchzusetzen: das treibt die Aktiven in Bremen an. Hochschulen und Landesregierung wissen, wie wichtig die Arbeit der fast 1700 Studierenden an den Hochschulen im Land Bremen ist.

## Politik muss Farbe bekennen

„Unterstützung für einen Tarifvertrag verspricht die neue rot-grün-rote Landesregierung auf dem Papier schon in ihrem Koalitionsvertrag. Jetzt stehen konkret die Tarifverhandlungen mit dem Finanzressort an und die Politik muss Farbe bekennen, wie wichtig ihr die Bildung ihrer Studierenden und deren Arbeitsbedingungen wirklich ist“, fasst Marlin Meier aus der Tarifkommission zusammen. Sein Blick geht dabei auch immer schon über Bremen hinaus: „Wir müssen diese Tarifaueinandersetzung in allen Bundesländern führen und uns noch viel stärker dafür einsetzen, Personalvertretungen zu bekommen.“ Gegenüber den Stadtstaaten mit ihren kurzen Wegen stehen Tarifinitiativen in den Flächenländern vor noch größeren Herausforderungen. Meier hofft, dass weitere Aktive an anderen Hochschulstandorten sich organisieren und dem Bremer Beispiel folgen: „Berlin kann nicht das einzige Bundesland sein, das einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte hat. Jetzt sind wir in Bremen dran. Und dann ihr!“ Wer Lust hat, gewerkschaftlich für bessere Arbeitsbedingungen und Mitbestimmung zu streiten, ist herzlich eingeladen: Werdet laut, werdet aktiv, werdet GEWERKSCHAFTSMITGLIED!

**■ Anne Hüls ist GEW-Mitglied und studiert Chemie an der TU Berlin, ist im GEW-Landesausschuss der Studierenden (LAS) in Berlin aktiv und war Mitglied der Tarifkommission für den TVStud III.**

# Studierende in der GEW

**// In der Hochschulpolitik läuft vieles schief – überfüllte Hörsäle, Mager-BAföG und Bologna-Stress. Deswegen stellen wir die Forderung nach guter Bildung für alle! Damit Lehre und Forschung ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden, setzen wir uns für eine soziale Öffnung und verbesserte personelle Ausstattung der Hochschulen ein. //**

## Wir stehen für ...

- einen freien Zugang zum Studium – gegen eine Auslese von Eliten!
- unbelastete Ausbildungsjahre – gegen offene und versteckte Studiengebühren!
- ein starkes BAföG – gegen den Leistungsdruck durch Lohnarbeit und Studium!
- ausfinanzierte Hochschulen – gegen Lehre und Forschung am Tropf!
- wissenschaftlichen Weitblick – gegen das Diktat ökonomischer Verwertungsinteressen!
- demokratische Mitbestimmung – gegen Amtswillkür an Hochschulen!

- Gleichstellung und familienfreundliche Hochschulen – alle Studierenden gleichermaßen fördern!
- ein Masterstudium für alle – gegen Beschränkungen im Bildungssystem!
- Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung – gegen Antisemitismus, Rassismus, Sexismus und Kapitalismus!

## Wir sind keine Sachmittel

Ohne studentische „Hilfskräfte“ läuft nichts an den Hochschulen. In Bibliotheken, Tutorien und Forschung setzt man auf uns. Und wer gute Arbeit leistet, muss auch gut bezahlt werden. Trotzdem werden wir im Etat der Hochschulen als Sachmittel gelistet und erfahren keine gerechte Entlohnung.

Wir kämpfen für tarifvertragliche Regelungen und Entlohnungen – und das an allen Hochschulen!

**■** Ihr wollt mitmachen oder Kontakt mit uns aufnehmen? Dann schickt uns eine Mail: [bass@gew.de](mailto:bass@gew.de)

## IMPRESSUM

**Herausgeber:** Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Hauptvorstand, Postfach 900409, 60444 Frankfurt am Main  
**Tel.:** 069 78973-0, **Fax:** 069 78973-103  
**E-Mail:** [info@gew.de](mailto:info@gew.de), **Internet:** [www.gew.de](http://www.gew.de)

**Redaktion:** Dr. Andreas Keller (verantwortlich), Sabrina Aileen Arneth, Bilge Cömert, Anne Hüls, Nathalie Schäfer, Stefani Sonntag, Hans Stephan, Björn Zentschenko

**Lektorat:** Andrea Vath

**Gestaltung:** Werbeagentur Zimmermann GmbH, 60431 Frankfurt am Main

**Juli 2020**